Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 118 (1992)

Heft: 45

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verboten

Elisabeth Zölch, die Berner SVP-Nationalrätin, hat mit ihrer staatspolitischen Kommission eine wunderbare Leistung vollbracht: Sie hat für einfallsreiche Initianten ein neues Tätigkeitsfeld geschaffen. Weil Rückwirkungsklauseln in Initiativen verboten werden, müssen deren Texte von ihren Urhebern besser überdacht werden. Nicht schreiben, die Schweiz dürfe rückwirkend keine Flugzeuge mehr kaufen, sondern: «Von Schweizer Flugplätzen dürfen keine F/A-18 Kampfflugzeuge aufsteigen.»

Urlaub für Blocher

Menschen im Stress bekommen gesundheitliche Probleme. Das musste auch der emsige Evangelist Christoph Blocher erleben. In der Hitze des EWR-Gefechts verlor er nämlich sein Gedächtnis. Angesprochen auf die Regierungsbeteiligung seiner Anti-EWR-Partei, sagte Blocher am Schluss der Debatte am SVP-Parteitag vom 24. Oktober: «Die Sozialdemokraten haben gegen die Landesverteidigung Stellung genommen, obwohl ihre beiden



Heimatlos

Der Badener FDP-Nationalrat Luzi Stamm muss allmählich Sorge tragen, dass er nicht heimatlos wird. Beim F/A-18 enthielt er sich der Stimme und rutschte damit in Richtung Blocher-Lager. Seine EWR-Opposition gereichte ihm vollends zur Mitgliedschaft. Doch jetzt ist Stamm auch beim Benzinzoll-Referendum dabei. Und hier macht nicht einmal Christoph Blocher mit. In welches Lager hat er sich jetzt begeben? Wahrscheinlich hat aber Stamm nur deshalb so populistisch agiert, um von seiner FDP-Fraktion endlich ernst genommen zu werden. Tatsächlich fragt sich Lisette, wieviel es braucht, bis jene Partei ihre Abtrünnigen an allen Enden zur Rede stellt.

Bundesräte dafür eingetreten «Geld für uns» sind. Dort hat niemand von dieser Spannung gesprochen.» Wirklich niemand? Es war ja Blocher selber, der damals den Austritt der SP aus der Landesregierung verlangte! Er drohte sogar, sonst müsse seine Partei sich überlegen, ob sie mit einer solchen SP noch länger in einem Bundesrat bleiben wolle. Blocher dürfte ein Erholungsurlaub guttun.

Der Bund spart nicht. Otto Stich jammert. Aber wer ist schuld? Die Linke? Ein Blick in bürgerliche Vorstösse, die beispielsweise in der Sommersession 1991 hängig waren, spricht eine andere Sprache. Kostenfolgen nahmen folgende Interventionen in Kauf: Aubry (FDP/BE): Film über General Guisan, Bundesbeitrag; Auer (FDP/BL): Impulsprogramm zur

Förderung des akademischen Nachwuchses; Burckhardt (Lib/ BS): Subventionen an Berufsverbände für Kurse; Cavadini (FDP/ TI): Erhöhung der AHV-Minimalrenten; David (CVP/SG): Impulsprogramm Sonnenenergie; Dietrich (CVP/BE): Subvention für Modernes Kommunikationssystem für schweizerischen Tourismus; Frey Walter (SVP/ZH): Subvention für Wildforschung: Loeb (FDP/BE): Botta-Zelt kostenlos an Pro Helvetia; Loretan (FDP/AG): Bundessubvention für Erschliessung des ländlichen Raums; Mühlemann (FDP/TG): Subvention für Projekt «Öko-Modellgemeinden»; (SVP/BL): Weitere Subventionen für Rheinschiffahrt; Rychen (SVP/BE): Steuerabbau für Kleinsparer; Scheidegger (FDP/SO): Höhere Zimmerentschädigung der Armee; Schnider Theodor (CVP/LU): Diverse Subventionsvorstösse; Wyss Paul (FDP/BS): Subvention für Schweizerische Friedensstiftung; Zölch (SVP/ BE): Verfassung Bericht «Leitbild Schweiz»; Ständerat Iten (FDP/ ZG): Subvention für Filmberufs-Ausbildung.

Viele wurden von zahlreichen Ratsmitgliedern unterzeichnet. Mühlemanns «Öko-Modellgemeinden» von nicht weniger als 72. Das sind sie also: die Kostenverursacher. Sollten die Bürgerlichen nicht allmählich ihren Slogan «weniger Staat, mehr Freiheit» ändern? Vorschlag: «Weniger Staat für die andern, mehr Staatsgelder für uns.»

Frauenfreundlich?

Die SP tut so, als gäbe sie sich frauenfreundlich. Sie hat die Quotenregelung am Parteitag vom 24./25. Oktober in Genf von 33 Prozent auf 40 Prozent erhöht. In der Pressemitteilung dazu tönt es allerdings frauenfeindlich: «Die parteiinterne Quote hat sich bewährt. Auf den SP-Wahllisten gab es 1991 46,5 Frauen.» Wo hat wohl, fragt Lisette, Parteichef Peter Bodenmann die andere Hälfte jener halben Frau hingetan?

Lisette Chlämmerli

